

POSTEINGANG

Zum Bericht „Deutschland muss Rechte von Vätern stärken“, über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, unverheirateten Vätern das Sorgerecht zu ermöglichen, FTD vom 4. Dezember

Und das Kind?

Eine angebliche Diskriminierung wird heutzutage allzu oft bemittelt. Immerhin hat der Vater angesichts der unterlassenen Eheschließung nicht gerade viel Bindungswillen bewiesen. Dennoch ist die Entscheidung in erster Linie am Interesse des Vaters ausgerichtet. Aber sie hat das Potenzial, zwischen Mutter, Kind und Vater eine Menge Ärger zu erzeugen. Ob das im Sinne des Kindes ist, erscheint unsicher. Haben die Richter auch an das Kind gedacht? Thomas Lehmann, Berlin

Zum Bericht „Auf der Couch“ zu den Mängeln der psychotherapeutischen Versorgung, medbiz vom 3. Dezember

Zulassung hakt

Zu Recht beklagt der Verfasser des Beitrags die für Psychotherapiepatienten sehr langen Wartezeiten, die eine schlechte Versorgungslage für Menschen mit behandlungsbedürftigen psychischen Problemen widerspiegeln. In ländlichen Gegenden müssen Patienten bis zu zwölf Monate auf einen Therapieplatz warten. Fälschlicherweise macht der Autor das Bundesverfassungsgericht für diese Lage verantwortlich. Dieses hatte Oktober 2009 die Gesprächspsychotherapie als sogenanntes Richtlinienverfahren nicht zugelassen und somit die Gesprächspsychotherapeuten an der Behandlung psychisch erkrankter Menschen mit gesetzlicher Krankenversicherung gehindert.

Richtig ist: Verantwortlich für die teilweise eklatante Unterversorgung sind einerseits die Kassenärztlichen Vereinigungen, die die Zulassungen für Psychotherapeuten regulieren. Es stehen ausrei-

chend tiefenpsychologisch und verhaltenstherapeutisch ausgebildete Psychotherapeuten zur Verfügung, um diese Lücken fachgerecht zu schließen, diese werden aber trotz des immer wider angemahnten Bedarfs aus standespolitischen Gründen nicht zugelassen. Verantwortung trägt andererseits auch der Gesetzgeber, der diese Situation trotz häufiger vollmundiger Ankündigungen nicht substanziell ändert.

Michael Maas, Rheine

Zum Kommentar „Wählt Piëch ab!“ über den Umgang des VW-Aufsichtsratschefs mit dem MAN-Vorstand, FTD vom 3. Dezember

Piëchs Erfolg

Was VW heute darstellt, ist zum großen Teil das Werk von Ferdinand Piëch. So etwas schüttelt man nicht mal so eben aus dem Ärmel. Herr Piëch wird sich wohl weder mit der FTD noch mit anderen Vertretern der Wirtschaftspresse hinsichtlich seiner Absichten und Strategien abstimmen. Kritik kann nach dem Vollzug der Pläne geäußert werden.

Johann Löning, Oldenburg

LESERBRIEFE

Die abgedruckten Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder. Zuschriften ohne vollständige Angabe des Absenders werden nicht veröffentlicht. Wir behalten uns das Recht auf Kürzungen vor. Bitte nutzen Sie folgende Adressen: leserbriefe@ftd.de; per Fax: 040/31990-337 oder per Post: Brieffach 02, 20444 Hamburg, Kennwort: Leserbriefe

Erratum

In unserem Bericht über die Dollarschwäche und Abwanderungspläne der deutschen Industrie vom 3. Dezember 2009 („Doller Kurs“), hat der zitierte Daimler-Gesamtbetriebsratsvorsitzende, Erich Klemm, versehentlich den Vornamen Dieter bekommen. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen.

Guttenbergs doppelte Prüfung

Vor dem Verteidigungsminister liegen zwei schwierige Aufgaben. Er muss eine Abzugsstrategie für Afghanistan vorlegen und die Bundeswehr strukturell auf Auslandseinsätze ausrichten **VON TIMO NOETZEL UND PHILIPP ROTMANN**

Barack Obama hat die Weichen gestellt für eine deutliche Verstärkung des militärischen und zivilen Engagements in Afghanistan. Gleichzeitig signalisiert die US-Regierung, im Sommer 2011 mit dem Abzug aus Afghanistan beginnen zu wollen. Nun sind die Verbündeten am Zug, allen voran die Europäer und wir Deutschen.

Eine bessere Vorlage für eine innenpolitisch vertretbare Überarbeitung der deutschen Afghanistanstrategie hätte Obama der Bundesregierung nicht liefern können, nachdem die Affäre um die Bombardierung zweier Tanklaster Anfang September in Kundus und der Rücktritt eines Ministers, eines Staatssekretärs und des Generalinspektors der Bundeswehr den Handlungsdruck deutlich erhöht haben.

Das Nachspiel des Luftangriffs und die Rücktritte im Bendlerblock sind Symptome der beiden großen Herausforderungen, die Guttenbergs Amtszeit prägen werden: die Anpassung der Strategie und des militärischen Engagements an die Einsatzrealität in Afghanistan und der zum Schneckentempo verlangsamte Umbau der Bundeswehr. Beide haben eine gemeinsame Ursache: Die Bundeswehr ist zuallererst eine Armee im Einsatz, aber auf diese Aufgabe politisch und institutionell unzureichend vorbereitet.

Spätestens zur internationalen Afghanistankonferenz am 28. Januar in London muss eine klare Strategie für das deutsche Engagement am Hindukusch auf dem Tisch liegen, die den Realitäten ins

Auge sieht. Nachdem die Bundeswehr monatelang aufgrund unzureichender Kräfte nicht in der Lage war, effektiv gegen die Extremisten in der Region Kundus vorzugehen, haben dort mittlerweile US-Spezialkräfte, die afghanische Armee und lokale Milizen das Heft in die Hand genommen.

Die Folgen: Die Abstimmung vor Ort wird schwieriger, und darunter muss Guttenberg eine realistische Abfolge von Bedingungen, Kriterien und Zeitlinien („Benchmarks“) für die nächsten Jahre vorlegen, die konkrete Ziele setzt für die militärische Absicherung, die Ausbildung der Sicherheitskräfte,

die Stärkung effektiver Regierungsführung und den Wiederaufbau. Nur daraus kann sich eine verantwortliche Abzugsperspektive ergeben. Noch vor Weihnachten wird der Verteidigungsminister wohl zudem eine Kommission zur Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur für die Bundeswehr einsetzen. Ihre Ergebnisse werden deren Zukunft auf viele Jahre bestimmen. Ein Ausbruch aus dem Diktat der Bürokratie ist dringend erforderlich. Denn auch strukturell ist die Armee nicht auf den Einsatz ausgerichtet, weder für Afghanistan noch anderswo. Beharrlich stemmt sich die Verteidigungsbürokratie dagegen, Lehren aus der Einsatzrealität zu ziehen.

Das wichtigste Reformprojekt betrifft die Führungsorganisation für die Einsätze. Das Konsensprinzip lähmt Ministerium und Truppe und verhindert eine konsequente Fokussierung auf die Einsätze, die

Die Bundesregierung muss nun eine ehrliche Einschätzung der Lage entwickeln und in der Öffentlichkeit vertreten. Angesichts der vielen Unwägbarkeiten der Realität vor Ort darf sich die Debatte dabei nicht auf einen rigiden Zeitplan zum Abzug verengen. Stattdessen muss Guttenberg eine realistische Abfolge von Bedingungen, Kriterien und Zeitlinien („Benchmarks“) für die nächsten Jahre vorlegen, die konkrete Ziele setzt für die militärische Absicherung, die Ausbildung der Sicherheitskräfte, die Stärkung effektiver Regierungsführung und den Wiederaufbau. Nur daraus kann sich eine verantwortliche Abzugsperspektive ergeben.

Noch vor Weihnachten wird der Verteidigungsminister wohl zudem eine Kommission zur Entwicklung einer neuen Organisationsstruktur für die Bundeswehr einsetzen. Ihre Ergebnisse werden deren Zukunft auf viele Jahre bestimmen. Ein Ausbruch aus dem Diktat der Bürokratie ist dringend erforderlich. Denn auch strukturell ist die Armee nicht auf den Einsatz ausgerichtet, weder für Afghanistan noch anderswo. Beharrlich stemmt sich die Verteidigungsbürokratie dagegen, Lehren aus der Einsatzrealität zu ziehen.

Das wichtigste Reformprojekt betrifft die Führungsorganisation für die Einsätze. Das Konsensprinzip lähmt Ministerium und Truppe und verhindert eine konsequente Fokussierung auf die Einsätze, die

heute die Hauptaufgabe der Bundeswehr sind. Das Gleiche gilt für die Rüstungsbeschaffung. Die Entwicklungszeiten für neue – im Einsatz dringend benötigte – Ausrüstung sind unerträglich lang. Ist die antiquierte Trennung der Aufgaben von Streitkräften und Bundeswehrverwaltung per Grundgesetz noch notwendig?

Der neue Verteidigungsminister wird diese Fragen angehen müssen. Das Gleiche gilt für das Thema Personalstruktur der Bundeswehr: Trotz eines Gesamtumfangs von 250 000 Soldaten könnte die militärische Führung der Bundeswehr derzeit nur unter großen Anstrengungen mehr als die derzeit mandatierten 4500 Soldaten nach Afghanistan entsenden. Ein Weg, all diese Baustellen anzugehen, könnte darin bestehen, von deutscher Seite die weitere Integration der europäischen Streitkräfte voranzutreiben.

Die Bundeswehr ist zu einer Einsatzarmee geworden, scheut sich aber vor den Konsequenzen. Der Erfolg von Guttenbergs Amtszeit wird sich daran bemessen, ob es ihm gelingt, die Armee darauf auszurichten. Der Afghanistaninsatz wird das beispiellose parteiübergreifende Vertrauen, das Guttenberg bisher noch genießt, auf eine harte Probe stellen.

TIMO NOETZEL ist Fellow der Stiftung Neue Verantwortung in Berlin und Wissenschaftler an der Universität Konstanz.

PHILIPP ROTMANN ist Fellow am Global Public Policy Institute, Berlin, und McCloy-Stipendiat an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University.

IMPRESSUM

Die **Financial Times Deutschland** ist überregionales Pflichtblatt aller acht deutschen Wertpapierbörsen.

Sprecher des Chefredakteurskollegiums: Steffen Klusmann
Chefredakteure: Stefanie Burgmaier (Börse Online), Dr. Nikolaus Förster (Impulse), Steffen Klusmann (Capital, FTD)
Stellvertretende Chefredakteure: Sven Clausen (FTD), Geron Kruse (Börse Online), Alexander Mayerhöfer (Impulse), Paul Prandl (Capital), Stefan Weigel (FTD)

Artdirector: Dominik Arndt, Carsten Lüdemann (Stv.)
Geschäftsführende Redakteurin: Isabelle Arnold
Chef vom Dienst: Cosima Jäckel, Sven Sorgenfrey (Stv.)

Unternehmen: Guido Warlomont (Ltg.), Claus Gorgs (Stv.), Jörn Paterak (Stv.), Ulf Brychcy (IT/Medien), Jenny Genger (Industrie und Dienstleistungen), Melanie Bergemann, Georg Dahm, Birgit Dengel, Henning Hinze, Margret Hucko, Gregor Kessler, Leonard Klimm, Lutz Knappmann, Volker Kühn, Jennifer Lachman, Björn Maatz, Arndt Ohler, Martin Ottomeier, Nicolas Schöneich, Nikos Späth, Kristina Spiller, Andrea Rungg, Thomas Wendel (Reporter), Kathrin Werner

Politik: Andreas Theysen (Ltg.), Peter Ehrlich (Chefkorrespondent), Dr. Arne Delfs (Deutsche Politik), Ines Zöttl (Ausland), Wolfgang Proissl (Europapolitik), Christian Schütte (Chalkolumnist), Nicole Basel, Max Borowski, Claudio De Luca, Benjamin Dieks, Monika Dunkel, Nikolai Fichtner, Andreas Große Halbuer, Christiane von Hardenberg, Falk Heunemann, Claudia Kade, Nils Kreimeier, Birgit Marschal, Ulrike Heike Müller, Timo Pache, Maik Rademaker, Jens Tartler, Stefan Tillmann, Friederike von Tiesenhäuser, Marina Zapf, Joachim Zepelin

Finanzen: Tim Bartz (Ltg.), Jörg Berens (Das Kapital), Christina Rathmann (Finanzmärkte), Christian Kirchner (Leitender Redakteur), Elisabeth Atzler, Herbert Fromme, Doris Grass, André Kühnlenz, Rolf Lebert, Nina Luttmann, Matthias Oden, Matthias Pindter, Mareike Scheffer, Meike Schreiber, Mark Schrörs, Sarah Speicher-Utisch

Geld: Marie-Luise Hoffmann (Ltg.), Helmut Kipp (Stv.), Jochen Mörsch (Stv.), Ludwig Heinz (Anlagestrategie), Tobias Aigner, Wolf Brandes, Renate Daum, Emmeran Eder, Sebastian Ertinger, Erich Gerb, Egmund Haidt, Markus Hinterberger, Dennis Kremer, Britta Langenberg, Bernd Miksch, Hans-Jürgen Möhring (Koordination Portfolio), Maximilian Piscane, Nikolaus von Raggambin, Martin Reim, Jutta Reuffer, Karsten Robisch, Daniel Saurenz, Tobias Schorr, Patrick Schroth, Volker Votsmeier, Lars Winter

Electronic Media: Dr. Anton Notz (Ltg.), Joachim Dreyklüft (Nachrichten), Thomas Schmoll (Stv.), Martin Virtel (Multimedia), Andreas Albert, Tobias Bayer, Kai Beller, Annette Berger, David Böcking, Matthias Brügge, Carina Groh, Gregor Haake, Martin Hintze, Corinna Kreiler, Kai Makus, Christine Mai, Sabine Meinert, Jörgen Naskrent, York Runne, Sven Schirmer, Kai Schöneberg, Laetitia Seybold, Jennifer Tiede, Franz-Georg Wenner

Nachrichten: Philipp Jaklin (Ltg.), Dr. Dirk Burmeister, Heinz-Roger Dohms, Martin Scheele (Köpfe und Karrieren)

Agenda: Christian Baugl (Ltg.), Horst von Buttler (Stv.), Jens Brambusch, Lukas

Heiny, Reporter: Dr. Claus Hecking, Nina Klöckner, Matthias Lambrecht, Andrzej Rybak, Lorenz Wagner; Gesundheit: Michael Carlin, Hanna Grabbe, Elke Spanner; Online-Agenda: Nina Jauker; Out of Office: Nikolaus Röttger (Koordination), Katrin Koths, Rainer Leurs (Weekend), Anja Rützel, Dr. Willy Theobald (Kultur); Bildung: Marion Schmidt; Mittelstand: Michael Prellberg (Ltg.), Antonia Götsch, Jonas Hetzer, Claus Hornung, Rudolf Kahlen (Leit. Red. Spezial), Christian Litz; Recht & Steuern: Andreas Kurz (Koord.), Jarka Kubsova; Kommentar: Ruth Fend, Stefan Kaiser, Ulrike Sosalla, Thomas Steinmann; Sport: Elke von Berkholtz, Axel Kintzinger; Lifestyle: Susanne Klein (Redaktionsleitung how to spend it), Bianca Lang-Bognar, Siems Luckwaldt (Fashion & Beauty Director), Helmut Monkenbusch, David Schumacher

Chefkorrektor: Thomas Fricke
Redakteure beim Chef vom Dienst: Petra Boehm, Bodo Drabza, Claudia Höck, Eva Weikert

Lektorat: Astrid Froese (Ltg.), Cornelius Busch, Dagny Hildebrandt, Inger Hoffmann, Ole Schnoor

Übersetzungen: Matthias Schulz (Ltg.), Katrin Günther, Manfred Schmitzlein
Layout: Andreas Demski, Julia Dente, Barbara Exner, Anja Hagenbuch, Felix Irurozqui, Bettina Janietz, Malte Knaack, Christopher Nie, Ingolf Sauer, Olaf Schmidt

Infografik: Andreas Mohrmann (Ltg.), Petra Ehrhorn (Datenrecherche), Lisa Bucher, Benedikt Grotjahn, Klaus Neumann, Liliane Oser, Nikola Pieper
Bildredaktion: Peter Raffelt (Ltg.), Jose Blanco (Stv.), Heike Burmeister, Nina Lempe, Sönke Mones, Anke Schulz, Maxim Sergienko, Carina Weirauch
Bildbearbeitung: Frank Eberle (Koordination), John Greve, Wolfgang Scheerer, Eric Tschmer, Judith Walgenbach

Beilagen: Volker Bormann (Ltg.), Dr. Hilfrud Bontrup, Johanna Hergt, Johanna Luttrich, Thomas Strohm; Layout: Nicolai Gogoll, Andreas Voltmer; Bildredaktion: Florian Kraska

Redaktionsassistenten: Annika Dröge, Frank Jäckel, Daniela Kroker, Anita Krüger, Jana Lübberstedt, Julia Ohlig, Solveig Prüter, Anett Pürstner, Jean Temme, Cornelia Thiede
Korrespondenten Inland: Düsseldorf: Kirsten Bialdiga, Michael Gassmann; Frankfurt am Main: Klaus Max Smolka; München: Angela Maier, Gerhard Hegmann; Stuttgart: Heimo Fischer

Korrespondenten Ausland: Brüssel: Wolfgang Proissl (Ltg.), Fidelius Schmid, Reinhard Schulze-Hönighaus; New York: Matthias Ruch; Paris: Lutz Meier; Zürich: Leo Müller

Freie Mitarbeiter: Andreas Büchler, Nele Husmann, Thomas Jahn (New York), Antonie Klotz, Titus Kroder (London), Helene Laube (San Francisco), Alois Lehner, Stefan Mayriedl, Silke Mertins (Jerusalem), Volker Müller (Neu-Delhi), Dr. Joachim Müller-Soares, Sabine Muscat (Washington), Christian Scheid, Andreas Schuck, Andre Tauber (Mailand), Brigitte Wallstabe-Watermann, Claudia Wanner (Hongkong)

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Steffen Klusmann. Sitz des Ressorts Politik ist Berlin, der Ressorts Finanzen und Geld Frankfurt am Main, im Übrigen Hamburg.

Verlag: G+J Wirtschaftsmedien GmbH & Co. KG
Geschäftsführer: Dr. Bernd Buchholz, Ingrid M. Haas
Verlagsleitung: Jan Honsel, Dr. Albrecht von Arnswaldt
Gesamtanzeigenleiterin: Helma Spieker
Anzeigenleiter: Jens Kauerauf (FTD), htsi, enable, Martina Hoss (Capital, impulse, BÖRSE ONLINE)
Marketing und Business Cooperations: Antje Fitzner
Leiter Herstellung: Matthias Richter
Vertrieb: DPV Deutscher Pressevertrieb, Vertriebsleitung: Randi Greve, Düsternstr. 1-3, 20355 Hamburg

Abopreise: Inland (inkl. MwSt.): € 39,90 pro Monat, € 478,80 pro Jahr, Studenten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende gegen Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung: € 19,95 pro Monat, € 239,40 pro Jahr; Lieferung jeweils frei Haus, Auslandspreise auf Anfrage. Abonnements können nach Ablauf des vereinbarten Bezugszeitraums zum Monatsende gekündigt werden, wenn dem Verlag die Kündigung bis zum 15. des Monats schriftlich vorliegt. Die FTD erscheint borsentaglich montags bis freitags. Erscheint die Zeitung durch höhere Gewalt oder Streik nicht, besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Abbestellung: FTD-Kundenservice, Postfach 80 80, 37568 Einbeck, Tel.: (+49) 1802/81 82 83*, Mo. bis Fr. 7 bis 20 Uhr, Fax: (+49) 1802/81 82 84* * € 0,06 pro Anruf bzw. Fax aus dem deutschen Festnetz; www.ftd.de/abo, E-Mail: abo@ftd.de

Nachdruckrechte/Syndication: Picture Press Bild- und Textagentur GmbH, Koordination: Petra Martens; Anfragen: Nicole Wulff, Tel.: 040/37 03 34 01, E-Mail: wulff.nicole@picturepress.de
Anzeigenabteilung: Tel.: 040/319 90-279, Fax: -214, E-Mail: media@ftd.de; Anzeigen-/Druckerzeugnisse: ein Werktag vor Erscheinen, 9 Uhr

Verlag und Redaktion Hamburg: Stubbenhuk 3, 20459 Hamburg Brieffach 02, 20444 Hamburg Tel.: 040/319 90-0, Fax: -310
Redaktion Frankfurt: Nibelungenplatz 3, 60318 Frankfurt am Main, Tel.: 069/15 30 97-0, Fax: -50
Redaktion Berlin: Friedrichstraße 60, 10117 Berlin Tel.: 030/220 74-0, Fax: -150

Leserservice: 040/319 90-550, wöchentl. 10–13/14–17 Uhr, leser-service@ftd.de
www.ftd.de ISSN 1615-4118

„Financial Times“, „Financial Times Deutschland“ und „FTD“ are registered trade marks of The Financial Times Limited and used under license. The Financial Times Limited is neither the publisher of nor responsible for the content of this publication.

Druck: Presse-Druck- und Verlags-GmbH, 86167 Augsburg; Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH, 68167 Mannheim; Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, 58099 Hagen; BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, 10365 Berlin

Dubai wird zurückkommen

Die Krise des Emirats ist das Ergebnis einer typischen Blase. Doch das sollte nicht über die Erfolge der vergangenen Jahre hinwegtäuschen. Dubai ist durchaus sanierbar **VON KENNETH ROGOFF**

Seit Tagen sind Investoren weltweit in heller Aufregung. Sie sind offenbar überrascht darüber, dass Dubai es zulässt, dass sein privates Vorzeigeunternehmen Dubai World ein Zahlungsmoratorium von sechs Monaten für seine Kredite im Umfang von etwa 26 Mrd. \$ anstrebt. Diese Absicht impliziert zumindest einen teilweisen Zahlungsverzug.

Was haben die Investoren bloß erwartet, als sie Anteile an Gesellschaften mit Namen wie „Limitless World“, einer der bankrotten Immobilienentwickler von Dubai World, erwarben? So etwas nennt man Blasenmentalität.

Dahinter stand, so vermute ich, die Vorstellung, dass die Regierung des Emirats für jeden Kredit einstehen würde, egal, wie riskant er sein mochte. Und wenn das ölarne Dubai das Geld nicht hätte, würde sein öreicher Schwesterstaat Abu Dhabi das Geld schon irgendwie lockermachen.

Eine absurde Erwartung, sollte man meinen. Aber kaum unwahrscheinlicher als viele andere enorme Bailouts, die wir in Folge der jüngsten Finanzkrise weltweit erlebt haben. Was die Investoren in Wahrheit so aufgeregt, ist natürlich die Erkenntnis, dass die unhaltbaren Kreditbürgschaften tatsächlich irgendwann zurückgezogen werden müssen. Irgendwann wird unsere überschuldete Welt einen Weg finden müssen, ihre Schuldenlast zu rechtzustutzen, und das wird nicht angenehm.

Nun gibt es jene, die sich über das, was sie als wohlverdiente Strafe für Dubais überdimensionierte Ambitionen ansehen, freuen. Was mich angeht, ich teile diese Sichtweise nicht. Ja, Dubai mit seinen künstlichen Inseln, den Venedig nachahmenden Hotels und den Tennisplätzen auf den Dächern ist eine Realität gewordene Sandburg. Aber Dubai hat dem übrigen Nahen Osten auch gezeigt, was Unternehmerrgeist bewirken kann.

Sein Flughafen hat sich zu einem globalen Drehkreuz von solcher Bedeutung entwickelt, dass die deutschen Aufsichtsbehörden die Airline Emirates jüngst zwingen mussten, ihre Preise für Flüge nach Frankfurt zu erhöhen, damit ihr nationaler Champion Lufthansa nicht zu viele Kunden verliert. Und mit seinen relativ offenen Waren- und Kapitalmärkten hat sich Dubai zu einem Handelszentrum nicht nur für den gesamten Nahen Osten, sondern auch für Teile Afrikas und Asiens entwickelt. Im Vorfeld der Finanzkrise hatten andere Golfstaaten begonnen, sich an Dubai zu orientieren, wenn es darum ging, wie sie ihre Volkswirtschaften diversifizie-

ren und weiter wachsen und gedeihen könnten, wenn die Ölquellen des Landes austrocknen.

Sicher, Dubai ist ein autokratischer Staat mit einer engen und intransparenten Finanzkontrolle. Tatsächlich war der Mangel an detaillierten Informationen über die Finanzen des Emirats ein zentraler Grund, warum der Zahlungsverzug von Dubai World zu einem solchen Schock wurde.

Was jedoch die Ausdrucksfreiheit angeht, waren Dubais Herrscher in vieler Hinsicht bemerkenswert tolerant. Vor einem Jahr verbrachte ich einen ganzen langen Abend damit, mir Vorführungen örtlicher Künstler in der Universität von Dubai anzusehen. Einer dieser Künstler, ein emiratischer Fotograf, präsentierte eine visuelle Zeitleiste des Baus eines der Bahnhöfe im neuen Dubaier Metrosystem. Dieser Künstler hatte die atemberaubende Verwandlung des Stadtstaats während der vergangenen 13 Jahre durchlebt. Sie war geprägt durch jene Art

„Dubai hat mit weniger Mitteln mehr erreicht als jeder andere Staat in der Golfregion

Boom, wie man ihn mit den schnell wachsenden chinesischen Großstädten assoziiert, aber nicht dem Nahen Osten.

Statt lediglich die Neubauten der Regierung zu preisen, stellte der Künstler heraus, wie verstörend der Wandel für alteingesessene Bürger war. Wie sollten sie eine Beziehung zu den unbeseelten Objekten aufbauen, die sich aus dem unwirtlichen, aber majestätischen Wüstensand erheben? Ein anderer Künstler präsentierte eine Vision, wie man das Außenlicht nutzen könne, um die Minarette umzugestalten, und so dazu beizutragen, diese aus dem Gewirr der modernen Gebäude herauszuheben, das die zeitgenössischen nahöstlichen Städte kennzeichnet. Seine Visionen waren prunkvoll und anscheinend etwas radikal. Man muss beeindruckt sein, dass derartige Ideen offen ausgedrückt werden konnten.

Jeder, der mit Dubai vertraut ist, versteht, dass dies lediglich kleine Beispiele einer sehr viel breiter gefassten Aufnahme von Kreativität sind, die es dem Land ermöglicht hat, die ausländische Berufselite des Finanzsektors und anderer Branchen zu umwerben. Ähnlich wie in den USA hat diese ausländische Elite eine Schlüsselrolle dabei gespielt, Dubais unterschiedliche Dienstleistungsindustrien aufzubauen.

Natürlich haben auch andere Golfländer atemberaubende Erfolge vorzuweisen. Saudi-Arabiens nationale Ölgesellschaft hat es geschafft, sich einen Nachwuchs im Ölbohrbereich heranzuzüchten, dessen Expertise im Westen weithin auf Bewunderung stößt. Katar hatte Erfolg in den Medien mit al-Dschasira, und Abu Dhabi hat durch seine Förderung des Computerschachs zu den bemerkenswerten Fortschritten bei der künstlichen Intelligenz beigetragen. Doch Dubai, das kaum über Öl verfügt, hat mit weniger mehr erreicht als jeder andere Staat in der Region.

Unglücklicherweise hat sich letztlich gezeigt, dass auch für Dubai das Gesetz der finanziellen Schwerkraft gilt. Es war genau wie immer: Massive Spekulationen und Kreditaufnahmen führten zu einer exzessiven Schuldenlast und letztlich zum Zahlungsverzug.

Ist Dubais episches Wachstum damit vorbei? Das bezweifle ich. Überall auf der Welt und im gesamten Verlauf der Geschichte ist es vorgekommen, dass Länder ihre Schulden nicht bezahlt und es überlebt haben, ja sogar wieder aufblühten. Es führt freilich kein Weg daran vorbei, dass Dubai sich sanieren und seine Exzesse zurückstutzen muss, bevor es wieder auf einen nachhaltigeren Wachstumspfad zurückkehren kann. Dies kann dauern.

Werden anfällige Länder in Europa und anderswo durch die Dubaikrise in Mitleidenschaft gezogen? So weit ist es noch nicht. Auch wenn der Fall Dubai nicht prinzipiell anders liegt, ist er ein Sonderfall, daher sollten sich die Auswirkungen auf das Vertrauen der Anleger fürs Erste in Grenzen halten. Doch die Investoren lernen hier auf die harte Tour, dass kein Land über unbegrenzte Möglichkeiten und Ressourcen verfügt.



KENNETH ROGOFF ist Professor für Ökonomie und Public Policy an der Universität Harvard und Ex-Chefökonom des Internationalen Währungsfonds www.project-syndicate.org